

Kommentare

Webel hat alles gewusst

Alois Kösters zum Missbrauch von Eu-Geld in Wolmirstedt



Natürlich hat Minister Thomas Webel (CDU) als einer der Ersten gewusst, dass die ganze abenteuerliche Förderkonstruktion Jahnhalle zusammenbrechen würde. Schaden für das Land und für die Stadt drohte. Webel und seine Parteifreunde in Wolmirstedt taten nichts. Im Gegenteil.

Der Amigo kann nicht zahlen? Wir bürgen für ihn mit öffentlichem Geld. Selbst als die tüchtige Opposition im Wolmirstedter Stadtrat das ganze Desaster schon öffentlich gemacht hatte, schließt die CDU mit dem Segen des Ministers die Reihen. Schlimmer: Während der Landkreis längst warnt, deckt die übergeordnete Landesbehörde den ganzen Schwindel. Der Minister sieht zu. Ein Minister, der schon einmal öffentliches Geld missbraucht hat.

Wenn die politischen Spitzen des Landes so agieren, dann sollte es einen nicht wundern, wenn das dauernde Versagen des Landes bei der Kontrolle von Fördermitteln Methode hätte. **Seiten 1 und 3**

Geldmaschine Boxen

Thomas Juschus zum Duell Sturm gegen Stieglitz



Geht es im Profi-Boxen eigentlich noch um Sport? Um Titel und Ruhm? Nein. Es geht nur noch um „Kohle“. Sehr viel Kohle. Und beim Geld-Scheffeln zeigen sich Kämpfer, Promoter wie der Magdeburger Ulf Steinförth, Verbände und TV-Sender als äußerst findig.

In der Leichtathletik, im Rudern oder Radsport gibt es jeweils einen Weltmeister pro Disziplin. Im Boxen nicht. Die Zahl der Weltverbände ist schon seit Jahren unüberschaubar. WBO, WBA, WBC und IBF gelten immerhin als halbwegs seriös.

Kommt man da nicht an die großen „Fleischtopfe“ heran, hilft auch schon mal ein bedeutungsloser Verband wie die NBA, um WM-Ehren zu erreichen. Weitere Blüten treibt das Boxgeschäft beim Kampf zwischen Felix Sturm und dem Magdeburger Robert Stieglitz. Beide Ex-Weltmeister, beide eigentlich in unterschiedlichen Gewichtsklassen zuhause. Also wird einfach mal eine neue Gewichtsklasse erfunden. Sportlicher wert: keiner. Aber der Rubel rollt. **Seite 10**

Pressestimme

Kassen auf Kosten anderer gefüllt

Der Guardian (London) kommentiert die Steuervermeidung großer Konzerne mit Sitz in Luxemburg: Jetzt ist klar, dass das Großherzogtum aktiv mit den Konzernen zusammenarbeitet hat, um diese Vermeidung von Steuerzahlungen zu ermöglichen. Europa mit seinen leeren Kassen darf zu Recht erzürnt sein, doch Steuerparadiese können nur existieren, weil die Welt sie duldet. (...) Europapolitiker mit ihren knappen Haushaltsmitteln müssen gegen diesen kleinen Partner vorgehen, der seine Kassen auf Kosten der übrigen Clubmitglieder füllt.



Anja Gildemeister (38) aus Klein Oschersleben. Foto: M. Stoffregen

Bananen-Regen in Schöningen

Mein erster Tag im Westen: PR-Referentin Anja Gildemeister

Der erste Besuch in einem Supermarkt im Westen ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Die große Auswahl von Waren hat mich damals überfordert - und noch heute kaufe ich lieber in Märkten ein, in denen die Auswahl nicht so riesig ist. Sonst habe ich kaum noch Erinnerungen an den Familienausflug nach Schöningen, den wir Ende November 1989 gemacht haben, nur so viel: Wir sind damals mit unserem

Trabbi von Hornhausen bei Oschersleben über den Grenzübergang Hötenleben nach Schöningen gefahren. Wir hatten gerade einen Parkplatz gefunden, da wurden wir von Schöningern mit Geschenken beworfen. Ein Bewohner eines Mehrfamilienhauses öffnete sein Fenster und warf Schokoriegel, D-Mark-Stücke und - so war es wirklich - Bananen hinunter. Meine kleinen Geschwister waren begeistert - ich war mit 13 wohl schon

so erwachsen, dass ich das als negativ empfand. Bei den Bananen kam ich mir wie ein Tier im Zoo vor. Es ist ja auch nicht so, als dass mir damals solche Dinge gefehlt hätten. Von Engpässen habe ich in unserem Dorf nichts mitbekommen. Und was wir nicht kannten, haben wir uns auch nicht ersehnt. Im Schöninger Zentrum haben wir dann Nachbarn aus dem Dorf getroffen und unser Begrüßungsgeld ausgegeben. (ms)

Angst vor der dritten Intifada

Israelischer Gesandter sieht kaum Chancen auf Frieden mit den Palästinensern

Im Heiligen Land drohen Kämpfe zwischen Israelis und Palästinensern, wie es sie seit Jahren nicht mehr gegeben hat. Nach dem gescheiterten Friedensprozess und Bomben auf Gaza könnte der Streit um den Tempelberg in Jerusalem einen blutigen Aufstand auslösen.

Diplomaten sind dafür bekannt, dass sie sich in der Öffentlichkeit in Zurückhaltung üben und im Gegensatz zu Politikern eher leise Töne in Konfliktsituationen anschlagen. Insofern wirft die Aussage, die der israelische Gesandte Avraham Nir-Feldklein diese Woche in einem Volksstimme-Gespräch traf, ein Schlaglicht auf die brenzlige Situation im Heiligen Land: „Die Israelis stellen sich mittlerweile die Frage, ob es überhaupt möglich ist, mit den Palästinensern Frieden zu schließen.“

Die Worte des Diplomaten beziehen sich auch auf die jüngsten Ereignisse: Eine Serie palästinensischer Anschläge und fast tägliche gewalttätige Demonstrationen vor allem in Jerusalem schüren bei den Israelis die Furcht vor einem neuen Palästinenseraufstand, einer Intifada. Doch was hat dazu geführt, dass sich die Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern so dramatisch verschlechtert haben?

Ausgangspunkt für das Drama stellen die gescheiterten Friedensverhandlungen Anfang des Jahres dar, in denen beide Seiten provozierten: Israels Premier Benjamin Netanjahu pochte darauf, dass die Palästinenser sein Land nicht nur als Staat, sondern als jüdischen Staat anerkennen müssten. Gleichzeitig weigerte er sich, den Siedlungsbau im Westjordanland und in Jerusalem zu stoppen. Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas provozierte wiederum, indem er den Schulterschluss mit der Hamas im Gaza-Streifen wagte. Nur wenige Wochen später regnete es dann Bomben auf Gaza. Die israelische Armee zog gegen die Hamas zu Felde. Einerseits, weil der militärische Arm der Bewegung immer wieder Raketen auf israelische Siedlungen zündete. Andererseits, weil Netanjahu die Hamas wohl auch politisch schwächen wollte - sind Verhandlungen mit der islamistischen Bewegung doch ungleich schwerer zu führen als mit der Fatah im Westjordanland. Der gewünschte Erfolg, den die blutige Intervention bringen sollte, ist für Netanjahu jedoch ausgeblieben. Noch immer fliegen vereinzelt Ra-



Nationalreligiöse Juden besuchen seit Monaten regelmäßig den Jerusalemer Tempelberg und schauen sich den Felsendom an. Ihr Besuch stellt für die Palästinenser eine politische Provokation dar. Foto: Matthias Stoffregen



Avraham Nir-Feldklein, Gesandter der israelischen Regierung, bei einem Volksstimme-Redaktionsgespräch. Foto: Elisa Sowjewa



Matthias Stoffregen zur Lage in Israel

keten von Gaza aus auf israelische Siedlungen. Zudem hat der Krieg dafür gesorgt, dass die einst verfeindeten Palästinenser-Bewegungen Fatah und Hamas mittlerweile geschlossen denn je gegen Israel aufzutreten. Und das tun sie nicht mehr nur im Gaza-Streifen, sondern auch in Jerusalem.

„Als Jude darf ich im eigenen Land nicht auf den Tempelberg.“

Die Stadt steht erstmals seit Jahren nun wieder im Brennpunkt des Konfliktes. Hier kochen gleich eine Reihe von Feinden hoch, die Israelis und Palästinenser ausfechten. So lässt die israelische Regierung seit Jahren jüdische Siedlungen im arabischen Ostteil der Stadt

bauen. Die Palästinenser fürchten, Israel wolle städtebaulich erreichen, dass Ostjerusalem nicht mehr die Hauptstadt eines künftigen Staates Palästina werden kann. Und Netanjahu befeuerte diese Befürchtungen zuletzt, indem er den Bau weiterer 3000 Häuser genehmigte. Noch gefährlicher für die labile Lage ist jedoch der Streit um den Tempelberg. Für Juden und Muslime ist er gleichermaßen heilig. Bereits seit Monaten provozieren jedoch nationalreligiöse Juden die Palästinenser, weil sie nicht mehr nur an der Klagemauer unterhalb des Tempelbergs beten, sondern auch das Plateau des Berges betreten, auf dem der Felsendom und die al-Aqsa-Moschee stehen.

Als Netanjahu vor Kurzem wegen andauernder Unruhen die zeitweise Sperrung des Tempelberges verfügte, schlugen die Wellen hoch. Palästinenser-Präsident Abbas wertete die Sperrung als „Kriegserklärung“, das Nachbarland Jordanien zog aus Protest seinen Botschafter ab.

Israeli mit familiären Wurzeln in Magdeburg

Avraham Nir-Feldklein hat am 1. August seine Tätigkeit als Gesandter des Staates Israel in Deutschland aufgenommen. Zuvor war er Leiter der Abteilung Asien und Pazifikregion im israelischen Außenministerium.

Nir-Feldklein verbindet eine ganz persönliche Geschichte mit der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts. Seine Großeltern kamen ursprünglich aus Magdeburg. Der Pianist Menahem Pressler ist der Cousin seines Vaters. Er wurde 2009 als Ehrenbürger Magdeburgs

ausgezeichnet und erhielt 2005 das Bundesverdienstkreuz.

Nir-Feldklein bezeichnet Magdeburg aufgrund seiner Familiengeschichte auch als seine zweite Heimat. Es war sein Wunsch, wenigstens ein Mal in seiner Karriere als Diplomat in Deutschland tätig zu sein. Das hat er nun geschafft. Trotz seines Familienhintergrunds spricht Nir-Feldklein kein Deutsch. Sprachlich talentiert ist er aber trotzdem. Er spricht neben Hebräisch auch Englisch und Chinesisch.

Seither geht unter den Israelis die Angst um. Kommt es zum erneuten Palästinenser-Aufstand? Bei der letzten Intifada zwischen 2000 und 2005 starben etwa 1000 Israelis und 3500 Palästinenser. Auslöser damals war ebenfalls ein symbolischer Besuch am Tempelberg: Der israelische Oppositionspolitiker Ariel Sharon besichtigte das Heiligtum.

„Länder wie Schweden tun den Palästinensern keinen Gefallen.“

Verhandlungen zwischen Israel und Palästinensern, die womöglich die Lage entschärfen könnten, wird es wohl so schnell nicht geben. Im Volksstimme-Gespräch erklärte der israelische Gesandte Avraham Nir-Feldklein, Israel habe nicht einmal einen Verhandlungspartner, der die Existenz des Staates akzeptiere. Für die Besuche von Juden auf dem Tempelberg warb der

Diplomat für Verständnis: „Ich kann als Jude jede christliche Stätte auf der Welt besuchen, sogar den Vatikan in Rom. Aber ich darf in meinem eigenen Land nicht auf den Tempelberg.“ Weiter sagte er: „Israel hat aus Verantwortung und aus Rücksicht auf die Araber akzeptiert, dass Juden auf dem Tempelberg nicht beten dürfen. Israel hat der jordanischen Waqf die Möglichkeit gegeben, die Stätten auf dem Tempelberg weiterhin zu verwalten. Aber es kann auch nicht akzeptieren, dass Juden das Heiligtum gar nicht erst betreten dürfen.“ Was Verhandlungen derzeit auch unmöglich macht, sind die Bemühungen der Palästinenser, Palästina international als Staat anerkennen zu lassen. Dem kam zuletzt Schweden aus Verärgerung über die israelische Politik nach. Nir-Feldklein erklärte hierzu: „Länder wie Schweden tun den Palästinensern keinen Gefallen. Mit der Anerkennung Palästinas wecken sie bei den Palästinensern nur die Illusion, dass sie nicht mit uns verhandeln müssten.“

Hintergrund

9. November Schicksalstag der Deutschen

Der 9. November symbolisiert wie kein anderes Datum Höhen und Tiefen deutscher Geschichte. Gleich mehrfach leiteten Ereignisse an diesem Tag eine Zeitenwende ein:

1848: Robert Blum, liberaler Abgeordneter der deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, wird nach einem Aufstand in Wien von kaiserlichen österreichischen Truppen standrechtlich erschossen. Sein Tod markiert das Ende der Märzrevolution. Blum als Verfechter eines demokratischen deutschen Nationalstaates wird für Generationen zur Symbolfigur für Freiheit und Demokratie.

1918: Am Berliner Reichstag ruft der SPD-Abgeordnete Philipp Scheidemann die deutsche Republik aus. Zwei Stunden später erklärt der Kommunist Karl Liebknecht vor dem Berliner Stadtschloss die Freie Sozialistische Republik. Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt eigenmächtig den Thronverzicht von Kaiser Wilhelm II. bekannt. Die Regierungsgeschäfte werden dem SPD-Chef Friedrich Ebert übertragen.

1923: Mit Polizeigewalt wird der Marsch auf die Münchner Feldherrnhalle aufgelöst. Damit findet der Putschversuch von Adolf Hitler und Erich Ludendorff, dem früheren Generalquartiermeister der kaiserlichen Armee, gegen die Weimarer Republik einen Tag nach seinem Beginn sein Ende. Hitler wird zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt.

1938: In der Nacht zum 10. November kommt es in vielen Städten zu Massen-Pogromen gegen Juden. Bei den Exzessen der Nazis werden nach Einschätzung von Historikern mehr als 1300 Menschen getötet und über 30 000 Juden in Konzentrationslager verschleppt. Etwa 7500 jüdische Einrichtungen werden demoliert, die meisten der rund 1200 Synagogen niedergebrannt. Der Zerstörung jüdischer Einrichtungen folgt bald die systematische Vernichtung jüdischen Lebens in ganz Deutschland und Europa.

1989: Die Berliner Mauer fällt. 28 Jahre nach dem Bau verliert das Bollwerk seine Funktion, die Grenzen in der geteilten Stadt werden geöffnet. Tausende feiern das Jahrhundertereignis am Brandenburger Tor. Auch an der innerdeutschen Grenze gehen die Schlagbäume hoch, das Tor zur deutschen Einheit ist aufgestoßen. (dpa)

Worte

„Nichts ist aus den Fugen geraten, aber ärgerlich ist es schon.“

Der Unions-Fraktionschef im Bundestag Volker Kauder am Freitag angesichts der Tendenzen wegen des Streiks der Lokführer bei der Deutschen Bahn eine Krise in Deutschland herbeizureden

„Als ob ich den Regen stoppen könnte!“

Der schon als „Rainman“ bezeichnete französische Präsident François Hollande am Donnerstag in Paris auf Fragen zu wenig repräsentativen Bildern von ihm bei zahlreichen Auftritten in strömendem Regen